



komba gewerkschaft fordert: Informationsüberflutung in Jobcentern beenden

Zusammenhänge mit Arbeitsfrust und Beratungskrisen sind eindeutig

Berlin, 14. Dezember 2012. Wer die Qualität der Arbeit in Jobcentern steigern möchte, muss die Überflutung durch Anweisungen, Erläuterungen und Empfehlungen sofort beenden. Mit dieser Forderung reagierte Roland Staude, zweiter Bundesvorsitzender der Kommunalgewerkschaft komba im dbb beamtenbund und tarifunion auf eine Anfrage der Linken im Bundestag zur Dauerbesetzung der Beschäftigten in den 305 deutschen Jobcentern durch Führungsanweisungen. Davon seien auch einige tausend kommunale Angestellte und Beamte betroffen, die in gemeinsam mit Arbeitsagenturpersonal besetzten Dienststellen die menschlich wie rechtlich schwierige Arbeit in der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebung zu erledigen hätten. Der Bürokratieabbau müsse dort beginnen, wo er die Arbeit des öffentlichen Dienstes für die Bevölkerung behindere.

Die komba gewerkschaft sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der Lage der Beschäftigten, der Stimmung im Personal der Jobcenter, der zum Teil krisenhaften Arbeit mit dem nicht einfachen Klientel und dem arbeitstäglichen Trommelfeuer an dienstlichen Weisungen aus den Führungsetagen der Arbeitsagentur. Wer in der Flut solcher Vorschriften versinkt, sie weder realistisch zur Kenntnis nehme, erst recht nicht verinnerliche und damit nicht anwende, wird unsicher. Und Unsicherheit sei ein schlechter Ratgeber und ein Hindernis für klare Lösungen.

Die Erzeuger von allein in diesem Jahr 346 Weisungen, darunter 129 Handlungsempfehlungen, 118 E-Mail-Infos und 84 Verfahrensinformationen mit einem Umfang von 921 Seiten und 8105 Anlagen, verfügten offensichtlich nicht über die notwendige Office-Erfahrung. Ihre Arbeit sei gut gemeint aber praxisfremd und damit auch Ausdruck mangelnder Führungsfähigkeiten. Der unhaltbare Zustand sei auch ein Hinweis darauf, dass die Ministerialbürokratie und der Gesetzgeber klare und nicht interpretationsbedürftige Regelungen finden müssen, die es den Beschäftigten erleichtern, die Ziele des Gesetzes umzusetzen. Das gehe nur, wenn die Mitarbeiter weniger Weisungen lesen müssten und dafür mehr Zeit für die Lösung der Klientel-Probleme investieren könnten.

Roland Staude, auch zweiter Landesvorsitzende der komba gewerkschaft nrw sowie des dbb nrw, nimmt die Gelegenheit zum Anlass, auch kritisch auf die Dauerproduktion von Weisungen, Erläuterungen, Rat- und Vorschlägen in Ministerien und oberen Behörden hinzuweisen. „Der öffentliche Dienst versinkt in einer Papierflut. Gesetz- und Verordnungsgeber produzierten unaufhörlich. Sie lähmen damit die Handlungsfähigkeit vor Ort, statt sie zu erleichtern.“. Staude sieht hinter der Kritik der komba gewerkschaft auch die Forderung nach einem grundsätzlichen Reformansatz im Umgang der Führungs- mit den Ausführungsetagen.

Über die komba gewerkschaft:

Die komba gewerkschaft ist die einzige deutsche Fachgewerkschaft für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen, ihre privatisierten Dienstleistungsunternehmen und der vereinzelt im Landesdienst Tätigen. Dabei vertritt sie die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und ideellen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Politik und Arbeitgeber. Die Gewerkschaft ist demokratisch, parteipolitisch unabhängig und dezentral organisiert in 16 Landesgewerkschaften, darin in Orts- und Kreisverbände sowie weiteren Partnern.

Die komba gewerkschaft setzt sich bundesweit für über 74.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten ein, wenn es unter anderem um Themen wie Tarif- und Besoldungspolitik geht. Sie ist die größte Einzel-Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Insgesamt bilden damit über 1.250.000 Mitglieder eine starke Solidargemeinschaft.